

DIE LINKE.

Wahlzeitung zur Bundestagswahl am 24. September 2017 • Ausgabe Berlin • www.die-linke.de

Frieden

**Abrüsten!
Waffenexporte
stoppen**

DIE LINKE will Militärausgaben senken und in Schulen und Kitas investieren. **Seite 4**

Mehr im Geldbeutel

Niedrigere Steuern auf kleine und mittlere Einkommen, mehr Geld für Kinder. **Seite 2**

Gegen Verdrängung

Mietenexplosion stoppen, für preiswerte Wohnungen. **Seite 7**

Mindestlohn auf 12 Euro anheben

Damit niemand trotz Arbeit arm sein muss. **Seite 9**

Rente rauf und mindestens 1.050 Euro

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden, um Altersarmut zu verhindern. **Seite 9**

Kindergeld auf 328 Euro erhöhen

Damit Kinderarmut abnimmt und nicht wächst. **Seite 10**



Für ein soziales Europa

Gregor Gysi kämpft gegen Finanzminister Schäubles Kürzungspolitik. **Seite 4**

Politik darf nicht käuflich sein

Unternehmensspenden an Parteien müssen verboten werden. **Seite 11**

Superreiche zur Kasse

Nur DIE LINKE hat den Mut, eine Millionärsteuer einzuführen. **Seite 12**

Gute Gewinne sind möglich

LINKES Rätsel mit Preisen für eine bessere Welt **Seite 11**

Interview
Seite 3

Das Spitzenduo der LINKEN zur Bundestagswahl: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch

© Amin Akhary/DIE LINKE

Gerechtigkeit ist wählbar!

Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land

Am 24. September ist Bundestagswahl. Sie wird entscheidend für das Land. Wie es hierzulande weitergeht, hängt davon ab, wie stark DIE LINKE wird. Es hängt von Ihrer Stimme ab!

Soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit, Abrüstung und Frieden. Dafür treten wir an. Wir akzeptieren nicht, dass Kinder in Armut aufwachsen und gleichzeitig die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt. Wir finden uns nicht damit ab, dass fast überall Geld fehlt – in Schulen, Krankenhäusern, beim Wohnungsbau –, die Ausgaben für Rüstung und Krieg jedoch verdoppelt werden sollen.

Viele Menschen fragen sich, ob ihre Rente zum Leben reichen wird. Ob die Arbeit, die Wohnung, die Zukunft sicher sind. Wir wollen gute und sichere Arbeit mit höheren Löhnen statt prekärer Jobs. Das macht das

Leben planbar. Wir wollen, dass die Rente für ein Leben in Würde reicht – für alle. Wir besteuern Millionäre und Milliardäre stärker fürs Gemeinwesen. Dann ist das Geld da: für gute Schulen, bezahlbare Wohnungen, mehr Personal in Krankenhaus

und Pflege. Und wir schaffen ein festes Netz von sozialer Sicherheit: Wer Kinder erzieht, wer erwerbslos ist, wer Pflege braucht oder krank wird, darf nicht von Armut bedroht sein. Wir wollen Deutschland zum Abrüstungsweltmeister machen und die

Milliarden, die Kanzlerin Merkel in Aufrüstung stecken will, für soziale Gerechtigkeit und für Investitionen einsetzen, die allen zugutekommen.

Wir wollen das Land verändern. Wir wollen es sozialer und gerechter machen! Unsere Pläne sind konkret und bezahlbar. Wir machen Druck, wir bringen Bewegung und Spannung in die Politik. Wir sagen: Die Dinge müssen und dürfen nicht bleiben, wie sie sind. Alle anderen Parteien sind bereit, die Politik der letzten Jahre fortzusetzen. Alle anderen stehen Angela Merkel als Koalitionspartner zur Verfügung. Wir nicht! Wir wollen eine soziale und demokratische Wende im Land. Gegen ein Weiter so in der Politik. Dafür braucht es eine starke LINKE. Lassen Sie uns gemeinsam etwas bewegen und wählen Sie am 24. September DIE LINKE!



LINKER Protest gegen unsichere Jobs

Christian Mang

Berlin holt sich die Stadt zurück

Klaus Lederer, Bürgermeister und Kultursenator in Berlin



Will man Dinge grundlegend verändern, bekommt man Gegenwind. Davon lassen wir uns nicht beirren. DIE LINKE ist in Berlin für einen Politikwechsel in Regierungsverantwortung gegangen. Erste Ergebnisse können sich sehen lassen: Beim sozialen Wohnungsbau und bei städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden Mieten gedeckelt. Die Stadt kauft private Grundstücke, um bezahlbare Wohnungen zu bauen. Der Einstieg in eine soziale Wohnungspolitik ist geschafft. Die

Energieversorgung holen wir zurück zur Stadt, sodass sie dem Gemeinwohl dient. Das Sozialticket ist von 36 Euro auf 27,50 Euro gesunken. Wir haben 10 000 zu uns geflüchtete Menschen aus den Turnhallen geholt und menschenwürdiger untergebracht. Dieses Jahr investieren wir 830 Millionen Euro in die Schulen. Lehrerinnen und Erzieher bekommen mehr Gehalt. Hochschulen werden besser ausgestattet. Es tut sich was. Die Richtung stimmt. Am 24. September geht es in Berlin nicht nur

um die Bundestagswahl, sondern um den Flughafen Tegel. Wir bleiben dabei, auch wenn andere einknicken: Ein Nein zu Tegel ist ein Ja zur Zukunft unserer Stadt. Mit der Schließung Tegels würde Berlin nicht verlieren, sondern viel gewinnen: Flächen für bezahlbare Wohnungen, eine Hochschule, innovative Unternehmen und nicht zuletzt eine grüne Lunge in unserer wachsenden Stadt. Also: Beim Volksentscheid am 24. September mit Nein stimmen.

Klaus Lederer



Katja Kipping und Bernd Riexinger

Liebe Wählerinnen und Wähler,

DIE LINKE ist die erste Adresse für soziale Gerechtigkeit – und zwar für alle. Wir laden Sie dazu ein, sich unser Programm in Ruhe anzuschauen und sich selbst eine Meinung zu bilden. Wir wollen mehr Geld für Bildung und Kitaausbau, für gute Gesundheitsversorgung und menschenwürdige Pflege, für bezahlbares Wohnen und Klimaschutz. Für uns steht die Forderung der Krankenpflegerin nach mehr Personal und höherem Lohn ebenso im Mittelpunkt wie der Schutz von Kindern und Rentnerinnen und Rentnern vor Armut. Das Recht auf Asyl ist für uns so unumstößlich wie das Recht auf gute Bildung und einen Ausbildungsplatz für unsere Kinder. Frauen müssen für gleichwertige Arbeit endlich den gleichen Lohn bekommen. Junge Menschen wollen Zukunftsperspektiven statt Dauerstress und Konkurrenzdruck: Wir treten für sichere und selbstbestimmtere Arbeit ein – für alle. Es ist gerecht für alle, wenn die Reichen endlich ihren Beitrag leisten. Eine Vermögensteuer für Superreiche wieder einzuführen – das traut sich (leider) nur DIE LINKE. Sozial gerecht für alle – das heißt auch: höhere Löhne und weniger Steuern für die Mehrheit. Wir kämpfen für gleiche Rechte für alle, die hier leben, und für die, die zu uns kommen. Denn: Sozial gerecht für alle gilt für uns ohne Ausnahme. Alle Menschen in unserem Land sollen sich dort, wo sie leben, auch wirklich sicher fühlen. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer und gerechter das Land.

Katja Kipping und Bernd Riexinger sind Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Die Zukunft, für die wir kämpfen

So würden Sie vom Programm der LINKEN profitieren

Familien soll die Bildung und Betreuung der Kinder nichts kosten. Das Elterngeld muss verbessert werden. Wir wollen gebührenfreie Kitas mit mehr Personal und kostenfreiem Essen für alle Mädchen und Jungen. In Bus und Bahn müssen Kinder freie Fahrt haben. Mütter und Väter sollen die Möglichkeit haben, Beruf, Familie und Freizeit besser unter einen Hut zu bekommen – mit flexiblen Arbeitszeiten von um die 30 Stunden pro Woche. Zudem soll das Kindergeld auf 328 Euro steigen. Langfristig setzt sich DIE LINKE für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder von 573 Euro ein.

Alleinerziehende tragen eine immense Belastung. Für sie ist der Ausbau öffentlicher Angebote, etwa zur Ganztagsbetreuung, besonders wichtig. Viele werden in unfreiwillige Teilzeit, Mini- und Midijobs und damit in Altersarmut abgedrängt. DIE LINKE fordert soziale Absicherung: Ab dem ersten Euro muss eine volle Pflicht zur Sozialversicherung gelten.

Erwerbstätige sollen zu guten Bedingungen arbeiten. Die Gewerkschaften sollen stärker werden, damit mehr Menschen einen tarifvertraglich abgesicherten Arbeitsvertrag bekommen und die Löhne steigen. Der Mindestlohn soll auf 12 Euro steigen. Wer arbeitet, soll nicht auf Aufstockerleistungen vom Jobcenter angewiesen sein. Mit dem Steuerkonzept der LINKEN wird entlastet, wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient.

Erwerbslose brauchen Unterstützung statt Gängelung, zum Beispiel einen Rechtsan-

spruch auf Weiterqualifizierung. Arbeitslosengeld I muss länger gezahlt werden. DIE LINKE will Hartz IV abschaffen und durch eine armutsfeste Mindestsicherung von 1.050 Euro ersetzen – ohne Sanktionen. DIE LINKE will 300 000 sozialversicherungspflichtige und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze im Bereich öffentlich geförderter Beschäftigung für Langzeiterwerbslose und Geflüchtete schaffen. Ein Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und die soziale BahnCard sollen zudem sicherstellen, dass auch Menschen ohne viel Geld mobil sind.

Mieterinnen und Mieter sollen mehr Rechte haben. Die Kündigung wegen Eigenbedarfs soll schwerer gemacht werden. DIE LINKE will Spekulation mit Wohn-

raum beenden, bestehende Mieten einfrieren und Immobilienfonds die Zulassung entziehen. Die Mietsteigerungen werden endlich wirksam gestoppt, Mieten in Stadtteilen mit besonders hohen Wohnkosten werden eingefroren oder auf 8,50 Euro gesenkt. Jährlich sollen 250 000 neue Sozialwohnungen hinzukommen und dauerhaft bleiben. Die Sozialbindung soll künftig ohne Befristung wirksam sein.

Rentnerinnen und Rentner hätten mit dem Konzept der LINKEN im Schnitt 130 Euro mehr im Monat. DIE LINKE ist die einzige unter den großen Parteien, die das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben will. Jede und jeder soll mit 65 abschlagsfrei in den Ruhe-

stand gehen können. Niedrige Einkommen sollen bei der Rentenberechnung aufgewertet werden. Für alle, die wenig haben, soll eine solidarische Mindestrente von 1.050 Euro den Lebensstandard im Alter sichern. Die Rentenangleichung Ost-West soll sofort und ohne Ausnahmen vollzogen werden. Riester-Verträge müssen in die gesetzliche Rente überführt werden.

Pflegekräfte sollen entlastet und endlich gerecht entlohnt werden. DIE LINKE will mehr Personal und bessere Löhne in der Pflege und in den Kliniken. Insgesamt 160 000 neue Stellen sollen in Krankenhäusern geschaffen werden. Gesetzliche Vorgaben für die Personalausstattung müssen eingeführt werden. Davon haben auch **Patientinnen und Patienten** etwas. DIE LINKE fordert eine solidarische Gesundheitsversicherung, in die alle einzahlen. So ist genug Geld da für zusätzliches Personal und eine gute Ausstattung der Krankenhäuser. Alle werden gleich gut behandelt. Medikamente, Brillen und Zahnersatz sollen zuzahlungsfrei sein.

Studierende sollen ohne finanzielle Sorgen lernen können. DIE LINKE lehnt Studiengebühren ab. Ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro netto für alle soll das bisherige System ersetzen. Der Bund soll Hochschulen finanzieren dürfen, damit die Studienbedingungen besser werden.

Michael Breyer



Das komplette Wahlprogramm im Internet: www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm

Den Alltag besser machen. Heute und morgen

Mehr Personal in Bildung und Gesundheit, neue Sozialwohnungen, besserer Nahverkehr

An vielen Ecken knirscht es im Alltag: Kinderbetreuung ist knapp, Schulen sind marode, bezahlbare Wohnungen sind rar. Büchereien, Schwimmbäder, Theater schließen. Öffentliche Angebote werden an private Unternehmen gegeben, die Profit machen. Das bedeutet: hohe Gebühren und Eintrittspreise. Wer sich die nicht leisten kann, bleibt außen vor. **DIE LINKE wird nachholen, was die Regierungen in den vergangenen Jahren versäumt haben:** Ein Programm für die Zukunft, das öffentlich – von

Bund, Ländern und Kommunen – getragen und ausreichend finanziert ist. In die Zukunft investieren bedeutet: mehr Kitaplätze und mehr Erzieherinnen und Erzieher – mit besserer Bezahlung. Schulen werden renoviert, die Klassen werden kleiner und die Betreuungszeiten länger – durch mehr pädagogisches Personal. In der Altenpflege entstehen mehr Arbeitsplätze und bessere Heime. Jedes Jahr werden mindestens 250 000 zusätzliche Sozialwohnungen geschaffen. In die Zukunft investieren bedeu-

tet: mehr Busse und Bahnen im öffentlichen Personennahverkehr – barrierefrei, sichere Straßen und mehr Radwege. Gemeinden und Kommunen bekommen mehr Mittel und mehr Personal, sodass sie wieder bürgernah funktionieren. Schwimmbäder, Kultur- und Sporteinrichtungen werden besser finanziert. Überall wird schnelles Internet verfügbar sein. DIE LINKE investiert in saubere Energie und macht die Privatisierung von Strom- und Wasserversorgung rückgängig. Im Alltag wird zu spüren sein:

Das Leben funktioniert einfacher. **Das Programm der LINKEN ist durchgerechnet und finanzierbar.** 120 Milliarden Euro kostet es, die Bundesrepublik zu einem modernen Staat mit guten Angeboten umzubauen – für alle Menschen, die hier leben. 60 Milliarden Euro werden durch gerechte Steuern von Superreichen und Konzernen finanziert. Weil das Programm Hunderttausende Arbeitsplätze schafft und die Wirtschaft stärkt, fließen 60 Milliarden Euro durch höhere Einnahmen an den Staat zurück.

DIE LINKE will
 ■ 120 Milliarden in öffentliche Infrastruktur stecken
 ■ Arbeitsplätze vor allem in Bildung, Gesundheit, Pflege und Bauwirtschaft schaffen
 ■ mehr bezahlbaren Wohnraum und damit die Mieten für alle senken
 ■ Wirtschaft und Energieversorgung ökologisch und sozial verträglich umbauen.

»Wir legen uns mit den Mächtigen an«

Wie DIE LINKE den Sozialstaat wiederherstellen will und wie eine friedliche Außenpolitik das Land sicherer macht, darüber sprechen Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, das Spitzenduo der Partei DIE LINKE zur Bundestagswahl

Für wen lohnt es sich, am 24. September DIE LINKE zu wählen?

Sahra Wagenknecht: Es lohnt sich für alle – außer vielleicht für das eine Prozent Superreiche. Wenn sich unsere Forderungen durchsetzen, würde es der großen Mehrheit der Bevölkerung deutlich besser gehen als heute.

Aber es heißt doch immer, den Deutschen gehe es unter Angela Merkel so gut wie nie zuvor?

Wagenknecht: In unserem Land sind 2,7 Millionen Rentnerinnen und Rentner von Armut bedroht, jeder fünfte Beschäftigte arbeitet im Niedriglohnsektor und 6,5 Millionen Menschen sind im Hartz-IV-System gefangen. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland war die Angst vor sozialem Abstieg so weit verbreitet wie heute.

Dietmar Bartsch: Wenn zwei Millionen Kinder von Armut bedroht sind, wenn alte Menschen im Müll nach Flaschen suchen müssen und Arbeit nicht mehr vor Armut schützt, zugleich aber der private Reichtum einiger weniger rasant wächst, dann stimmt etwas Grundlegendes in unserer Gesellschaft nicht. Es ist Zeit für einen Politikwechsel.

Worin besteht dieser?

Bartsch: Der Sozialstaat muss wiederhergestellt werden und die Balance in der Gesellschaft muss wieder stimmen.

Wie kann das gelingen?

Wagenknecht: Indem man sich mit den Mächtigen und Reichen anlegt, statt sich von ihnen kaufen zu lassen. Ohne eine gerechte Besteuerung der Konzerne und riesiger Vermögen ist eine Wiederherstellung des Sozialstaats unmöglich. Deswegen will DIE LINKE eine Vermögenssteuer



Kämpfen für einen Politikwechsel in Deutschland: Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch vor dem Reichstag in Berlin.

für Multimillionäre. Und den Steuersparmodellen der Konzerne muss endlich ein Riegel vorgeschoben werden. Da liegt das Geld, das wir brauchen, um Armut zu verhindern und es in gute Bildung, Gesundheit, Pflege und in den Wohnungsbau zu investieren. Leider hat nur DIE LINKE diesen Mut. Die SPD hat in ihrem Wahlprogramm auf eine Vermögenssteuer verzichtet. Kein Wunder, sie will ja auch lieber mit der FDP regieren.

Bartsch: Zudem müssen die Sozialversicherungssysteme, die den Kern des Sozialstaats ausmachen, wieder gestärkt werden. Es kann nicht sein, dass sich Unternehmen und Vermögende wegdrücken dürfen, wenn es um deren Finanzierung geht. Deswegen will DIE LINKE die gesetzliche Rente stärken, indem alle einzahlen, auch Selbstständige, Freiberufler, Beamte und Abgeordnete. Österreich macht es vor: Rentner erhalten dort im Durchschnitt 800 Euro mehr im Monat.

Auch bei der Krankenversicherung gibt es eine Schiefelage, seitdem die Arbeitgeber aus der Verantwortung entlassen wurden...

Bartsch: ... darum setzt sich DIE LINKE für eine Solidarische Gesundheitsversicherung ein, bei der unter anderem Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag wie die Arbeitnehmer zahlen. Das ist sozial gerecht und führt dazu, dass der Beitragssatz von derzeit durchschnittlich 15,7 Prozent auf unter 12 Prozent

sinkt. Zusatzbeiträge und Zuzahlungen entfallen dann.

Seit Jahren ist in Deutschland vom Jobwunder die Rede, die Wirtschaft boomt. Ist das nicht eine Erfolgsmeldung?

Wagenknecht: Nur wer sich der Realität verweigert, kann die massive Zunahme schlecht bezahlter, unsicherer Jobs als »Jobwunder« verkaufen. Vierzig Prozent der Bevölkerung haben heute real weniger Einkommen als noch Ende der 1990er Jahre. Viele können sich nicht einmal mehr einen einwöchigen Urlaub leisten.

Bartsch: Das muss sich ändern. Es ist ein Unding, dass ausge-rechnet diejenigen, die die Gesellschaft am

»Nur mit einer starken LINKEN gibt es kein Weiterso.«
Sahra Wagenknecht

Laufen halten, oft in Minijobs und zu Niedriglöhnen schuften. Der gesetzliche Mindestlohn muss zügig auf 12 Euro pro Stunde erhöht werden.

Warum hat DIE LINKE im Bundestag gegen alle Auslandseinsätze der Bundeswehr gestimmt?

Wagenknecht: Eine Beteiligung an den Rohstoffkriegen der USA, die ganze Länder zerstören und Hunderttausende Menschen das Leben gekostet haben, ist unverantwortlich. Das Gleiche gilt für die illegalen Drohnenmorde. All das stärkt letztlich nur die

islamistischen Terroristen und hat inzwischen auch Deutschland zur Zielscheibe des Terrors gemacht.

Bartsch: Waffen schaffen keinen Frieden, Terror lässt sich nicht mit Krieg bekämpfen.

Deutschland muss zu einer friedlichen Außenpolitik zurückkehren, die Waffenexporte und militärische Abenteuer beendet. Deutschland sollte Abrüstungsweltmeister werden.

Wie will DIE LINKE ihre Forderungen umsetzen?

Bartsch: Durch das Schaffen von Mehrheiten. Je mehr Menschen uns unterstützen, desto größer wird der Druck für die anderen Parteien, auf unsere Forderungen einzugehen. Manchmal sind das kleine Schritte, manchmal auch große, wie etwa die Einführung des Mindestlohns.

Wagenknecht: CDU/CSU, FDP, SPD und Grüne unterscheiden sich politisch kaum noch. Sie haben in den zurückliegenden 20 Jahren gemeinsam die Renten gekürzt, einen großen Niedriglohnsektor und das demütigende Hartz-IV-Regime geschaffen sowie Steuergeschenke an die Reichen verteilt. Das war Politik für die oberen Zehntausend, nicht für die Mehrheit der Bevölkerung. Nur mit einer starken Linken gibt es kein Weiterso.

Worauf können sich Wählerinnen und Wähler verlassen, wenn sie für DIE LINKE stimmen?

Wagenknecht: DIE LINKE ist nicht käuflich. Wir sind die einzige Partei, die noch nie einen Euro Spenden von der Deutschen Bank oder einem Rüstungskonzern bekommen hat. Und ich verspreche, das wird auch so bleiben. Denn wir machen Politik für Beschäftigte, Arbeitslose, Rentner, kleine Selbstständige und den Mittelstand, aber nicht für Konzernherren und Rüstungslobbyisten.

Bartsch: Wir werden immer an der Seite derjenigen stehen, die weniger Chancen haben und ausgegrenzt werden. Wir stehen auch nach der Wahl zu dem, was wir in unserem Wahlprogramm und im Wahlkampf fordern.



Dietmar Bartsch, geboren im Jahr 1958 in Stralsund. Er studierte und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 1998 bis 2002 sowie seit dem Jahr 2005 gehört er dem Deutschen Bundestag an. Im November 2015 übernahm Dietmar Bartsch gemeinsam mit Sahra Wagenknecht den Vorsitz der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag. Dietmar Bartsch hat zwei erwachsene Kinder und spielt in seiner Freizeit Volleyball und Skat.



Sahra Wagenknecht, geboren im Jahr 1969 in Jena. Sie studierte Philosophie und Neuere Deutsche Literatur und promovierte in Wirtschaftswissenschaften. In den Jahren 2004 bis 2009 war sie Mitglied des Europaparlaments und ist seit dem Jahr 2009 Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Seit November 2015 teilt sie sich den Vorsitz der Fraktion mit Dietmar Bartsch. Sahra Wagenknecht ist verheiratet, lebt in Merzig im Saarland und liebt Bergtouren mit dem Fahrrad.

Mehr BAföG für Studierende

Die BAföG-Sätze für Studentinnen und Studenten reichen nicht zum Leben aus. Das ist das Ergebnis einer Studie des Deutschen Studentenwerks. Vor allem die in den Universitätsstädten enorm gestiegenen Mietpreise sprengen die Höchstförderung in Höhe von 735 Euro. Viele Studierende müssen nebenher arbeiten. Dadurch haben sie weniger Zeit fürs Studium. Das betrifft vor allem Studierende aus einkommensschwachen Familien. DIE LINKE fordert ein elternunabhängiges, rückzahlungsfreies BAföG in Höhe von 1.050 Euro.



Jedes Kind soll schwimmen können

Weil Kommunen massiv verschuldet sind, wurden seit dem Jahr 1990 mehr als 1600 Schwimmbäder geschlossen. Allein 100 im letzten Jahr. Zudem wurden viele Schwimmbäder privatisiert und in Spaßbäder umgewandelt. Schulen und Sportvereine fällt es deshalb immer schwerer, Zugang für den Schwimmunterricht zu erhalten. Für viele Familien ist der Eintrittspreis zu hoch. Die Folge: 60 Prozent der Zehnjährigen in Deutschland können nicht schwimmen. DIE LINKE sagt: Schwimmbäder gehören zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Jedes Kind muss ein öffentliches Schwimmbad besuchen können.

»Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar«

Gregor Gysi hat Großes vor im Bundestag und in Europa

Gregor Gysi ist rastlos unterwegs. Gestern eine Podiumsdiskussion beim Kirchentag in Magdeburg zur Frage, wie wir Frieden in unfriedlichen Zeiten gewinnen können. Heute Moderator im Deutschen Theater mit dem Bariton Thomas Quasthoff und dann in der Berliner Distel, wo er mit Oliver Welke, dem Präsentator der »heute-show« des ZDF, plauscht. Morgen schon versucht er in Hamburg der mittelständischen Wirtschaft nahezubringen, dass ein Neustart für Europa mit sozialen Standards, mehr Demokratie und friedlicher Außenpolitik auch ihr nützte. Und immer wieder Termine im Wahlkreis, Bürgersprechstunde, Gespräch im Seglerverein, mit Wissenschaftlern, Theaterleuten und, und, und.

Wer geglaubt hat, dass sich der Bundestagsfraktion so langsam aufs Altenteil zurückzöge, als er den Vorsitz abgab, hat die Rechnung ohne die Leute und ohne den Mann gemacht. Er gilt für die Ostdeutschen auch heute noch als ihre Stimme und war über 25 Jahre lang das prägende Gesicht der LINKEN in Deutschland. »Ich hatte ja auch gedacht, es wird weniger, und inzwischen habe ich sogar gelernt, gelegentlich Nein zu sagen. Aber wenn sich die Zahl der Anfragen verdoppelt, kommt eben doch viel zusammen«, bemerkt er schmunzelnd.

Mitunter wirkt er wie ein Getriebener. Immer wieder wird er gefragt, wie er das durchhält mit seinen 69 Jahren. »Ich bin fit«, sagt Gysi, und man sieht ihm die Freude an den täglich neuen Herausforderungen an. Ein Stück weit will er sicher auch die Hoffnun-



Seit Dezember 2016 ist Gregor Gysi Präsident der Europäischen Linken.

Ulwe Steinhert

gen nicht enttäuschen, die viele nach wie vor in ihn setzen. »Ich bin nicht der Mensch, der sich zur Ruhe setzt und dann Angeln geht, obwohl meine diesbezüglichen Lehrstunden bei Jan Korte durchaus entspannend waren«, sagt er mit Blick auf den LINKEN-Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, der ein leidenschaftlicher Angler ist. Deshalb ist Gysi seit Dezember 2016 Präsident der Europäischen Linken und will auch seinen Bundestagswahlkreis verteidigen. Die Europäische Linke ist ein Zusammenschluss von 25 Parteien. Es ist auch diese Verbindung zwischen Weltpolitik und Alltag, die ihn antreibt: wenn er den Präsidenten der Europäischen Kommission oder des Europäischen Gerichtshofs trifft und dann die Sorgen mit dem Jobcenter hört, die ihm eine Frau bei seiner Sprechstunde im Bürgerbüro in Schöneweide vorträgt. »Die Welt ist im Großen wie im Kleinen veränderbar, und DIE LINKE muss sich ihrer gesamten Verantwortung dafür

stellen«, erklärt Gysi seine Motivation für den Spagat zwischen Europa und Treptow-Köpenick.

Die aktuellen Entwicklungen stimmen ihn sorgenvoll: Eine Militarisierung der EU und das Erstarren nationalistischer, faschistischer Kräfte rufen den brillanten Rhetoriker auf den Plan. So nimmt Gysi auf seinem Facebook-Account in einem kurzen Video die Unlogik der Kanzlerin auseinander, Bundeswehrsoldaten über Syrien

Daten aufklären zu lassen, die der türkische Despot Erdoğan nutzt. Mithilfe der Daten greift Erdoğan kurdische Einheiten an, die am Boden den IS bekämpfen. Fast zwei Millionen Menschen schauen sich das Video an und stimmen Gysi zu.

»DIE LINKE ist die einzige politische Kraft, die konsequente

Friedenspolitik und verlässliche Sozialpolitik zusammenbringt«, sagt Gysi. »Ich will die Europäische Linke als Gegengewicht gegen rechts und gegen die Kürzungspolitik von Schäuble stark machen, damit die Jugend in einem Europa leben wird,

das ihnen eine weltoffene, soziale, demokratische, friedliche Perspektive bietet.« Und Europa fängt für ihn eben nicht in Brüssel an, sondern beim Gespräch mit dem TV-Entertainer Wolfgang Lippert über die Entwicklung der Kultur im Wahlkreis.

Der Mann wird einfach noch gebraucht. In Treptow-Köpenick, im Osten, für die Jungen und die Alten, in Deutschland, in Europa. Gut, dass er weitermacht und der Bundestag nicht auf ihn verzichten muss.

DIE LINKE will
 ■ die EU neu starten: mehr Demokratie, mehr soziale Sicherheit, keine Aufrüstung ■ fairen Handel statt Freihandelsabkommen wie TTIP und TISA ■ Klimaschutz und den ökologischen Umbau der Wirtschaft.

Pausenbrot statt Panzer

Wie DIE LINKE die Ausgaben für Rüstung senken und stattdessen das Geld in Schulen und Kitas investieren will

Deutschland soll bis zum Jahr 2024 zwei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts (BIP) für das Militär ausgeben. Dazu erklärte sich die Bundesregierung 2014 auf dem NATO-Gipfel bereit. Kanzlerin Merkel hat kurz nach der Wahl von Donald Trump, der die Einhaltung dieses Ziels verlangt, mehrmals bekräftigt, die Vereinbarung erfüllen zu wollen. Zwei Prozent: Das klingt nicht viel. **Doch das BIP betrug 2016 rund 3,13 Billionen Euro. Zwei Prozent davon wären also mehr als 60 Milliarden Euro!**

Schon jetzt müssen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler für Rüstung und Militär 37 Milliarden Euro pro Jahr berappen.

Da die Wirtschaftskraft bis 2024 noch zulegen wird, würden mehr als 70 Milliarden Euro in den Militäretat fließen, eine Verdoppelung der heutigen Ausgaben. Zum Vergleich: Allein bei der öffentlichen Infrastruktur gibt es einen Investitionsstau von über 100 Milliarden Euro. Schulen und Brücken sind marode, es gibt oft zu wenig Kitaplätze und bezahlbaren Wohnraum, Gleise werden stillgelegt, Schwimmbäder geschlossen, fast überall fehlt das Geld, aber Union und SPD wollen immer mehr in die Aufrüstung pumpen.

Würde sich die Bundesregierung von dem Zwei-Prozent-Ziel verabschieden, könnte sie innerhalb weniger Jahre den vor-

allem in den Kommunen dramatischen Investitionsstau abbauen.

DIE LINKE fordert als einzige Partei, dass die Rüstungsausgaben der Bundesrepublik nicht erhöht, sondern deutlich gesenkt werden. »Dem Zwei-Prozent-Aufrüstungsprogramm von NATO und Merkel stellen wir unser Abrüstungsziel entgegen. Wir wollen den Rüstungshaushalt, der inzwischen der zweitgrößte Etat ist, um 20 Prozent kürzen. Das Geld wollen wir konkret dafür einsetzen, Kitas auszubauen und gebührenfrei zu machen und Schulen zu modernisieren«, erklärt der Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, Matthias Höhn.



»Nicht schönreden, sondern radikal besser machen«

Die Gesellschaft zerfällt. So darf es nicht weitergehen, sagt Petra Pau, die auf Platz 1 der Berliner Landesliste der LINKEN bei der Bundestagswahl am 24. September antritt



Auf Augenhöhe

Deutschland hat in den vergangenen Jahrzehnten enorm von Zuwanderung profitiert. Ob wirtschaftlich, sozial oder kulturell – die Zuwanderer haben uns bereichert und dazu beigetragen, dass sich unser Horizont erweitert.

Integration wurde bislang als Einbahnstraße aufgefasst. Es galt die Auffassung, dass sich Minderheiten an die Regeln und Normen der »Mehrheitsgesellschaft« anzupassen haben. Diese Sichtweise ist fatal und wirkt als größtes Integrationshemmnis. Wir müssen Zugewanderten auf Augenhöhe begegnen. Die verfehlte Integrationspolitik hat tiefe Spuren hinterlassen. Sie hat zur Isolation von Migrantinnen und Migranten beigetragen. Dabei hätten Möglichkeiten zur Begegnung geschaffen werden müssen. Die Folgen dieses Versäumnisses sehen wir am Aufstieg der nationalistischen Bewegungen. In Gebieten mit unterschiedlicher Sozialstruktur haben sie Schwierigkeiten, Fuß zu fassen. Wo jedoch die wenigsten Muslime leben, ist die Angst vor dem Islam am größten.

Es ist wichtig, ein Klima zu schaffen, in dem Diskriminierungen und Vorurteile keine Chance haben. Leider sind wir davon weit entfernt. Ob auf dem Arbeitsmarkt, dem Wohnungsmarkt oder beim Feiern – Menschen mit Migrationsgeschichte werden vielfach ausgegrenzt. Aufgrund von Katastrophen und Kriegen sind viele Menschen geflohen. In unserer Nachbarschaft wohnen nun Menschen, die vor wenigen Jahren noch in Bürgerkriegsgebieten lebten und mithilfe von Schlauchbooten ihre neue Heimat erreichten. Es ist unsere Pflicht, ihnen die helfende Hand zu reichen und sie willkommen zu heißen. Wir müssen ihnen Möglichkeiten der Teilnahme bieten. Dazu gehört, ihre Qualifikationen in einem unkomplizierten Verfahren anzuerkennen. Wer an seinem Herkunftsort Ärztin oder Ingenieur war, sollte es auch hier sein können. Wir müssen eine solide Basis für ein Miteinander schaffen. Das heißt auch, Zugewanderte als Bereicherung anzuerkennen und ihnen eine schnelle und dauerhafte Bleibeperspektive zu geben. Das erfordert hohes Durchhaltevermögen und einen starken Willen. Doch wo ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Hakan Taş ist Sprecher für Inneres, Partizipation und Integration der LINKEN im Berliner Abgeordnetenhaus und Direktkandidat in Reinickendorf, Platz 6 auf der Landesliste.

Frau Pau, kurz und knapp: Warum DIE LINKE wählen?

Legt man die Angebote aller relevanten Parteien übereinander, dann wird schnell klar: DIE LINKE ist sozial-, steuer- und friedenspolitisch die Alternative für Deutschland und Europa.

Beispiele bitte!

Für uns gilt unverfälscht Artikel 1 Grundgesetz: »Die Würde des Menschen ist unantastbar.« Wohl bemerkt: aller Menschen, nicht nur der Schönen und Reichen und nicht nur der blauäugig Weißen. Wir sagen »Sozial! Gerecht! Frieden! Für alle!«

Das sagen alle.

Nein! Die Würde aller braucht eine soziale Basis für jede und jeden. Ein-Euro-Jobs, Leiharbeit und Hartz IV gehören nicht dazu, Armutsrenten auch nicht.

Was heißt das?

Seit Jahren erleben wir eine fatale Entwicklung. Die Reichen werden immer reicher und die Armut nimmt zu. Die Gesellschaft zerfällt. Die Armen werden ausgegrenzt. Die Mitte schwindet, und die Reichen entziehen sich ihrer Verantwortung.

Dagegen will DIE LINKE umsteuern?

Ja. Wir wollen die sozial Benachteiligten stärken, den Mittelstand entlasten und zugleich die Millionäre und Milliardäre in die Pflicht nehmen. Die Reichensteuer ist ein Stichwort dafür. Zur Illustration des Unrechts greife ich gern ein Beispiel von Professor Butterwege auf...

Der renommierte Armutsforscher hat auf Vorschlag der LINKEN für das Amt des Bundespräsidenten kandidiert...

... und hat es auf den Punkt gebracht. Eine alleinerziehende Mutter, die Windeln kauft, zahlt dafür 19 Prozent Mehrwertsteuer. Kauft ein Wohlhabender ein Reitpferd, dann zahlt er dafür 7 Prozent Mehrwertsteuer. Und wenn ein ganz Reicher sich ein Aktienpaket für 30 Millionen Euro kauft, dann zahlt er null Prozent Mehrwertsteuer.

Sie sind studierte Pädagogin, aber unterwegs als Innenpolitikerin.

Das war eine bewusste Entscheidung. Linke dürfen soziale und Bürgerrechte nie mehr hierarchisieren oder gegeneinander aufrechnen. Das war meine zentrale Lehre aus dem Scheitern der DDR.

»Die Würde aller Menschen ist unantastbar, nicht nur die der Schönen und Reichen und blauäugig Weißen.«

Aber das geschieht doch erneut. Soziale Rechte werden ausgehebelt und Bürgerrechte purzeln hinterher.

So ist es. Deshalb setze ich mich für mehr Bürgerrechte und Demokratie ein und engagiere mich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus.

Apropos: Hass und Gewalt nehmen zu.

Im bundesdeutschen Schnitt werden stündlich drei bis vier rechtsextreme Straftaten und täglich ebenso viele Gewalttaten registriert. Das sind die offiziellen Zahlen und das ist tiefgestapelt. Entsprechend höher ist auch die Zahl der Opfer.

Gibt es dafür eine Erklärung?

Der Sozialwissenschaftler und Gewaltforscher Wilhelm Heitmeyer und sein Team haben von 2002 bis 2011, also zehn Jahre lang, »deutsche Zustände« untersucht. Ihr Fazit: Die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nimmt

zu, ebenso die Akzeptanz von Gewalt als Politikersatz.

Und das erleben wir jetzt?

Ja, offenbar. Übrigens zogen sie ihr warnendes Fazit, bevor die Flüchtlinge kamen!

Und welche Ursachen machten sie geltend?

Wieder in Kurzfassung: Das Soziale wird ökonomisiert und die Demokratie entleert. Das ist die Politik der letzten Jahrzehnte, wonach jede und jeder sich selbst überlassen wird und gesellschaftliche Mitbestimmung nicht erwünscht ist. In Politikdeutsch heißt das Neoliberalismus.

Und dagegen ist DIE LINKE?

Ja, selbstverständlich! Mein Motto heißt: »Einer trage des anderen Last!« Ja, ein Bibelwort. Und zugleich der Titel eines in Ost und West preisgekrönten DEFA-Films.

Mit den Stichworten »Ost« und »West« sind wir bei Berlin, dem einzigen Ost-West-Land der Bundesrepublik.

Ich hätte 1990 nicht gedacht, dass die Ost-West-Frage noch 27 Jahre nach der deutschen Einheit relevant sein könnte. Aber sie ist es: bei Löhnen und Gehältern, bei Arbeitszeiten, bei Renten. 2009 hatten CDU/CSU und FDP eine Angleichung der Renten ver-

sprochen. Nun haben CDU/CSU und SPD sie für 2025 in Aussicht gestellt. Das ist unfassbar.

Zurück nach Berlin, bitte!

Das wäre ein abendfüllendes Programm. Deshalb greife ich nur einen Konflikt

heraus, und zwar den zwischen der Stadtmitte und den Randbezirken. Zu Letzteren gehört auch mein Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf. In der Stadtmitte investieren Private, kaufen sich Reiche ein und steigen die Mieten rasant. Wer damit nicht mithalten kann, wird an den Stadtrand verdrängt, wo sich die sozialen Probleme bündeln. Und dann lese und höre ich Klischees. Etwa rund um die Berichterstattung zur Internationalen Gartenausstellung 2017. »Endlich Bunt in der DDR-Platte« und ähnlicher Blödsinn wird da über meinen Wahlkreis Marzahn-Hellersdorf getitelt.

Diesen Klischees hat der rot-rot-grüne Senat in Berlin den Kampf angesagt.

Nicht nur den Klischees, sondern den politischen Ursachen.

Es ist Ihr sechster Bundestagswahlkampf. Sie können doch aus einer Fülle von Erfahrungen schöpfen?

Ja. Aber jeder Bundestagswahlkampf ist ein neuer. Routine ist tödlich. Das gilt allemal 2017. Es geht nicht schlichtweg darum, ob die eine Partei mehr und die andere Partei weniger Zuspruch erhält, sondern darum, ob Artikel 1 Grundgesetz über die Würde aller Menschen überhaupt noch eine Chance hat. Deutschland-nationale stellen dies offen in Frage, Neoliberale auch.

Plädieren Sie für Rot-Rot-Grün auf Bundesebene?

Das ist eine inhaltsleere Frage. Ich will soziale Gerechtigkeit, weniger Rüstung und mehr Demokratie. So bin ich als Linke partiell sogar nahe bei Papst Franziskus, der das kapitalistische System »unerträglich« und »kalt« findet. Ich will das ändern, DIE LINKE will das ändern. Und so bin ich offen für alle, die das ebenfalls ändern wollen. Fakt ist: So wie bisher darf es nicht weitergehen. Und die Alternativen der LINKEN sind machbar.

Gespräch: Rainer Brandt

Petra Pau ist Vizepräsidentin des Bundestags. Die 53-Jährige ist Obfrau der LINKEN in den beiden Ausschüssen zu den Verbrechen des NSU, die der Bundestag eingesetzt hat. Seit 1998 ist die gebürtige Berlinerin direkt gewählte Abgeordnete des Bundestags. Die Lehrerin und Geisteswissenschaftlerin liest gern und pflegt mit Leidenschaft ihren Balkongarten.



Kämpfe zusammenführen

Entsteht ein autoritärer neo-liberaler Block, durch den weiter Sozialabbau betrieben und Nährboden für Rechte und Nazis angereichert wird? Oder gelingt es uns, Kämpfe gegen Armut, für Selbstbestimmung und radikale Demokratie zu einem breiten sozialen Projekt zusammenzuführen? **Nur wenn wir gemeinsam etwas unternehmen, können wir die Verhältnisse ändern.** DIE LINKE wählen ist ein erster Schritt. DIE LINKE ist konsequent sozial und für Frieden, in der Lage, dem Hass der Rechten solidarisch Handeln möglichst vieler Menschen entgegenzusetzen, geeint trotz unterschiedlicher Lebensweisen und Weltanschauungen. Ich freue mich, wenn auch du Teil dieser Bewegung sein möchtest!



Friederike Benda, Direktkandidatin in Charlottenburg-Wilmersdorf, Platz 11 auf der Landesliste

Für bessere Verhältnisse

Geboren 1993 und aufgewachsen als Kind einer Arbeiterfamilie in Berlin-Spandau, besuche ich derzeit die gymnasiale Oberstufe, wo ich mein Abitur nachhole. Im Jahr 2014 trat ich der Partei DIE LINKE bei, um mich aktiv für eine gerechtere und friedlichere Politik einzusetzen. Bedenken Sie bei Ihrer Wahl, dass

- Kriegseinsätze großes Leid und Flüchtlingsströme auslösen
- industrielle Profitinteressen das Klima, die Umwelt und unsere Gesundheit schädigen
- die Vermögen der Oberschicht steigen und ihre Lobbyisten unsere Gesetze schreiben
- es immer mehr Menschen gibt, die von ihrem Lohn ihre Miete nicht mehr zahlen können
- Rentner Flaschen sammeln und Kinder hungern müssen.

DIE LINKE ist die einzige Partei, die sich glaubhaft für die Verbesserung dieser Verhältnisse einsetzt. Wählen Sie daher am 24. September DIE LINKE!



Manuel Lambers, Direktkandidat in Spandau, Platz 12 auf der Landesliste

Für eine friedliche und gerechte Außenpolitik

Abrüsten statt Aufrüsten, fordert der Pankower Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich



Bild: Stefan Liebich

Ein Thema stand im vergangenen Jahr ganz oben auf der Agenda der deutschen Außenpolitik: Deutschlands gewachsene Verantwortung in der Welt. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, der ehemalige Außenminister Frank-Walter Steinmeier, der Ex-Wirtschafts- und neue Außenminister Sigmar Gabriel

und auch Politiker der Grünen wurden nicht müde zu betonen, dass unser Land sich in aller Welt für mehr Frieden einsetzen und an Konfliktlösungen beteiligen müsse. Klingt gut. Aber sie meinten damit vor allem, dass Deutschland sich auch militärisch einbringen muss. Sie rechtfertigen so unter anderem den gefährlichen Einsatz in Mali. Tatsächlich aber hat die Bundesregierung nicht viel dafür getan, die Krisen in der Welt zu lösen. Noch im Wahlkampf 2013 hatte die SPD versprochen, dass künftig keine Waffen mehr in Kriegs- und Krisengebiete geliefert werden würden. Stattdessen exportieren deutsche Unternehmen mehr und mehr Waffen, zum Beispiel direkt in den Krieg im Jemen. Und trotz des erheblich gestiegenen Bedarfs wollte die Regierung die Mittel für die Krisen- und Konfliktprävention im Haushalt 2017 sogar kürzen. Nur das Parlament konnte dies verhindern. **Vernünftig und progressiv wäre es, wenn Deutschland sich für eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung einsetzen würde.** Das heißt: gegen Freihandelsabkommen zulasten ärmerer Länder,

für Klimaschutzabkommen, die den Klimawandel als Bedrohung für den Weltfrieden ernst nehmen, gegen Waffenexporte und für mehr Mittel in der zivilen Konfliktprävention. Es wäre gut, wenn die Bundesregierung sich für eine Reform der Vereinten Nationen stark machen würde. Bei aller Kritik ist diese Organisation in konfliktreichen Zeiten unersetzlich. Statt sich für einen ständigen Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat einzusetzen, müsste Deutschland für eine gerechtere Vertretung der Länder des Südens eintreten. Auch darf die Bundesregierung dem Wunsch der USA, noch mehr Geld in Rüstung zu investieren, nicht nachkommen. **Abrüstung, nicht Aufrüstung ist nötig!** Eine solche Politik wird sich in einer CDU/CSU-geführten Regierung nicht durchsetzen lassen. Nur ein Politikwechsel nach links würde eine solche Wende in der deutschen Außenpolitik schaffen. Ein Grund mehr, für eine starke LINKE am 24. September zu kämpfen!

Stefan Liebich, Direktkandidat in Pankow, Platz 2 auf der Landesliste

Soziale Gerechtigkeit heißt Bildung für alle

Die LINKE-Bundestagskandidatin Evrim Sommer über gemeinsames Lernen von der ersten Klasse bis zum Abitur

Die akademische Freiheit ist die Freiheit, so viel lernen zu dürfen, wie man nur will. Das sagte der Berliner Arzt und Politiker Rudolf Virchow. Damit unterstrich er bereits vor mehr als hundert Jahren die Bedeutung von Bildung für eine Gesellschaft. **In Deutschland ist der Zugang zu Bildung stark von der sozialen Herkunft abhängig.** Kinder wohlhabender Eltern haben größere Chancen, das Abitur zu machen oder zu studieren. Oft fällt die Entscheidung über den angestrebten Bildungsweg bereits in der Grundschule. Bereits dort werden Türen für den künftigen Lebensweg geschlossen. Ein solches Bildungssystem verschärft die soziale Spaltung. Eine wesentliche Ursache für die soziale Spaltung in der Bildung ist die frühe Aufteilung von Schülerinnen und Schülern in unterschiedliche Schulformen. Dieses gegliederte Schulsystem ist ein Relikt aus der Kaiserzeit. DIE LINKE will mit der Gemeinschaftsschule das mehrgliedrige Schulsystem überwinden. Schüler sollen von der ersten Klasse bis zum Abitur gemeinsam lernen – ohne Schulwechsel. Dabei soll es keine feste Auftei-

lung in nach Leistung sortierten Gruppen geben, sondern einen individualisierten Unterricht. Dadurch sollen soziale Unterschiede ausgeglichen werden, und es soll Kindern nicht-deutscher Herkunftssprache oder Kindern mit Behinderung die Chance der Inklusion und Teilhabe gegeben werden.

Eine gute Bildung für alle bedeutet auch eine angemessene Ausstattung der Bildungseinrichtungen. Es muss mehr Personal in Kitas, Schulen und Hochschulen geben und vor allem unbefristete Stellen. Berlin macht vor, wie das gehen kann: In den kommenden zehn Jahren sollen in Berlin rund 5,5 Milliarden Euro in Schulen investiert werden. Aber der Modernisierungstau muss nicht nur an Schulen, sondern auch an Universitäten abgebaut werden. Allein an den Hochschulen müssen bundesweit bis zum Jahr 2017 35 Milliarden Euro investiert und ebenfalls mehr Stellen geschaffen werden. Insgesamt fehlen 56 000 wissenschaftliche Stellen. Nicht zuletzt aber brauchen wir in Deutschland auch einheitliche Bedingungen im Bildungsbereich. Die Bildungssysteme



Christian Ditsch

in den Bundesländern sind so unterschiedlich, dass ein Umzug zu einem Problem werden kann. Das muss sich ändern. Bundesweit müssen vergleichbare Abschlüsse und Standards geschaffen werden. **Bildung ist die wichtigste Voraussetzung für Teilhabe in der Gesellschaft.** Bildung gilt als öffentliches Gut und steht im

Zentrum der Frage nach sozialer Gerechtigkeit. Ohne gleiche Bildungschancen gibt es keine solidarische Gesellschaft. Das erlebe ich täglich hautnah an meiner Tochter, die in die erste Klasse geht und den gesamten Bildungsweg noch vor sich hat.

Evrim Sommer, Platz 5 auf der Landesliste



Soziale Frage global stellen

Berlin ist zum Mekka für Immobilienspekulanten geworden. Das spüren wir auch in Tempelhof-Schöneberg. Ich lebe seit 15 Jahren in diesem Bezirk. DIE LINKE unterstützt hier Mieter im Kiez gegen Mietwucher und Verdrängung. Aber wir wissen: Die entscheidenden Weichen werden im Bund gestellt. **Wir brauchen neue Mehrheiten für andere, mieterfreundliche Gesetze.** Damit wir Mieter in Tempelhof-Schöneberg in Ruhe und in Sicherheit vor Verdrängung leben können. DIE LINKE stellt die soziale Frage – auch global. Ich arbeite seit acht Jahren als entwicklungs- und außenpolitischer Referent der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Davor habe ich als Diplomgeograf in Afrika und Lateinamerika geforscht und gearbeitet. Das treibt mich an: der Einsatz für Frieden, Verständigung und Entwicklung, gegen Krieg, Rüstung und Ausbeutung.



Alexander King, Direktkandidat in Tempelhof-Schöneberg, Platz 10 auf der Landesliste

Für Abrüstung und Solidarität

»Wer kämpft, kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren.« – Dieses Zitat von Bertolt Brecht ist das Motto meiner politischen Aktivitäten. Ich bin Judith Benda, 29 Jahre alt, und arbeite als Europareferent. Als Linke kämpfe ich in meinem Wahlkreis Neukölln und darüber hinaus für eine Politik, die den Bedürfnissen der Bevölkerung dient, nicht den Profiten der Unternehmen. **DIE LINKE macht Druck für Veränderung und hat den Mut, sich mit Reichen und Vermögenden anzulegen.** Wir sind die glaubwürdige Kraft für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Antirassismus. Wer ein sozial gerechteres Land, Abrüstung und Solidarität statt Hetze will, muss DIE LINKE stärken. Zusammen kämpfen wir in Bündnissen, mit Gewerkschaften und außerparlamentarischen Bewegungen – nur gemeinsam sind wir stark! Macht mit!



Judith Benda, Direktkandidatin in Neukölln, Platz 7 auf der Landesliste

Ein Krankenhaus ist keine Schraubenfabrik

Gesundheit ist keine Ware, sagt die Lichtenberger Direktkandidatin Gesine Löttsch

Unser Gesundheitssystem wird von CDU und SPD auf Verschleiß gefahren. Der Finanzminister hat die Zuschüsse für die Krankenkassen immer wieder gesenkt. Die Kürzungen bekommen die Beschäftigten zu spüren. **Immer weniger Menschen müssen immer mehr Patienten betreuen.** Gleichzeitig zahlen die Menschen immer mehr für den Erhalt ihrer Gesundheit. Experten haben ausgerechnet, dass die Kosten für die Versicherten nach der Bundestagswahl steigen werden. Das können wir nur verhindern, wenn die Arbeitgeber wieder den gleichen Beitrag in die Kassen zahlen wie die Arbeitnehmer. Die paritätische Finanzierung muss wieder-

hergestellt werden. Ich höre Klagen aus Krankenhäusern, dass die Länder zu wenig investieren. Wir haben einen Antrag gestellt, mit 2,5 Milliarden Euro Bundesmitteln die Sanierung von Krankenhäusern voranzutreiben. Leider wurde dieser Antrag von CDU und SPD abgelehnt. Die Konsequenz: Die Krankenhäuser geben weniger Geld für Personal aus, um ihre Häuser sanieren zu können. Das ist ein unhaltbarer Zustand. **Besorgniserregend ist, dass die Bundesregierung unser Gesundheitssystem wie ein profitables Unternehmen führen möchte.** In einer Studie äußerten 39 Prozent der befragten Chefarzte die Ansicht, dass aus ökonomischen

Gründen Eingriffe vorgenommen werden, die gar nicht erforderlich sind, um die Kapazitäten der Kliniken auszulasten. Ein Krankenhaus ist keine Schraubenfabrik. An erster Stelle muss wieder die Gesundheit der Menschen stehen und nicht der Profit von kommerziellen Krankenhausbetreibern und Pharmaunternehmen. Obwohl die Zahl der Mediziner steigt, sind diese doch sehr ungleich über unser Land verteilt. In Hamburg kommt ein berufstätiger Arzt auf nur 140 Einwohner, in Brandenburg sind es 256. Auch in Berlin haben wir eine Ungleichverteilung zwischen Bezirken mit vielen und wenigen Privatpatienten. Wir wollen eine solidarische Bürgerversicherung, in die

alle Menschen einzahlen. **Eine Zweiklassenmedizin lehnen wir ab.** Wie lange ein Mensch gesund lebt, hat aber nicht nur etwas mit dem Gesundheitssystem zu tun, sondern auch mit der Verteilung von Reichtum. Ein armer Mensch hat im Vergleich zu einem reichen Menschen das doppelte Risiko, ernsthaft zu erkranken oder früher zu sterben. Männer aus dem unteren Teil der Einkommenspyramide sterben 15 Jahre früher als Männer aus dem oberen Teil. Reichtum gerecht zu verteilen, schafft für alle mehr Gesundheit.

Gesine Löttsch, Direktkandidatin in Lichtenberg, Platz 3 auf der Landesliste

Mietenexplosion und Verdrängung endlich stoppen

Direktkandidat Pascal Meiser will die Bundestagswahl zur Abstimmung über verfehlte Mietpolitik machen

Wer im vergangenen Jahr in Friedrichshain-Kreuzberg eine neue Wohnung suchte, sollte dafür nach Vorstellung der Vermieter im Schnitt 11,04 Euro Kaltmiete pro Quadratmeter zahlen. Das ist in der gesamten Stadt trauriger Spitzenwert. Berlinweit lagen diese »Angebotsmieten« im vergangenen Jahr durchschnittlich bei 9 Euro, ein erneutes Plus von rund 6 Prozent. Die sogenannte Mietpreisbremse der Bundesregierung, die solch überhöhte Mieten deutlich begrenzen sollte, ist offenkundig ein zahnloser Tiger.

Doch auch wer bereits seit Längerem hier wohnt, sieht sich von steigenden Mieten bedroht. **Immer unverfrorener werden Vermieter, um ihre Gewinne auf Kosten der Mieterinnen und Mieter zu steigern.** Ein beliebtes Instrument, um die Mieten in die Höhe zu treiben, ist die Modernisierungsumlage. An anderen Orten sind es Luxussanierungen und die Umwandlung in teure Eigentumswohnungen, die zu steigenden Mieten und Verdrängung führen. Bezirks- und Landespolitik sind in vielen dieser Fälle die Hände gebunden, da die entsprechenden Ge-

setze vom Bundestag gemacht werden. In Berlin hat die zuständige Senatorin Katrin Lompscher (DIE LINKE) begonnen, die bestehenden Spielräume auszureizen. So dürfen die städtischen Wohnungsgesellschaften die Mieten künftig um maximal 2 Prozent pro Jahr erhöhen. Und neue Wohnungen müssen sie insbesondere für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen bauen. Der Schlüssel für eine grundlegend andere Mietpolitik aber liegt weiter beim Bund. DIE LINKE will hier Mieterhöhungen bei bestehenden Verträgen

auf die Höhe der Inflationsrate begrenzen. **Bei der Mietpreisbremse für Neuvermietung müssen alle Schlupflöcher geschlossen und Verstöße mit empfindlichen Strafen für die Vermieter geahndet werden.** Die Modernisierungsumlage wollen wir ganz abschaffen: Nach energetischer Sanierung darf die Miete nicht stärker steigen, als bei den Heizkosten eingespart wird. Schließlich braucht es einen Neustart des sozialen Wohnungsbaus. Dazu muss der Bund künftig den Bau von jährlich 250 000 neuen Sozialwohnungen fördern, die dauerhaft Bestand haben. Die aktuelle Bundesregierung hat bisher nichts dergleichen auf den Weg gebracht. Als Bundestagsabgeordneter will ich mit dafür sorgen, dass sich dies ändert. Und wir Berlinerinnen und Berliner sollten uns nicht scheuen, die Bundestagswahl zu einer kleinen Volksabstimmung über die verfehlte Mietpolitik von CDU/CSU und SPD zu machen.

Pascal Meiser, Direktkandidat in Friedrichshain-Kreuzberg-Prenzlauer Berg Ost, Platz 4 auf der Landesliste



Jakob Huber

Wohnen ist ein Grundrecht!

Ich bin als viertes von sieben Kindern in einfachen Verhältnissen aufgewachsen und weiß genau, wie wichtig Bildungschancen unabhängig von der Herkunft sind. Ja, ich habe erfolgreich Karriere gemacht. Doch hat es mich nicht im erhofften Maße erfüllt. So habe ich mit der Aufnahme eines Theologiestudiums noch einmal neu angefangen, was mich zu meinem Leben in der REFO-Community in Moabit und meiner Tätigkeit als Geschäftsführer des REFORMATION-Campus geführt hat. Hier lebe ich mit tollen Menschen die Vision einer solidarischen Gesellschaft. **Im Zentrum meines Einsatzes steht eine soziale Wohnungspolitik:** für bezahlbare Wohnquartiere und gegen exzessives privatwirtschaftliches Gewinnstreben! Nur DIE LINKE steht für eine Politik, die den christlichen Werten des Teilens und der Nächstenliebe entspricht – eine Politik für Menschen!



Stephan »Steve« Rauhut,
Direktkandidat in Mitte, Platz 8
auf der Landesliste

Investitionen in Bildung

Statt die Rüstungsausgaben von 35 auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen, will DIE LINKE in Bildung investieren. Dafür ist es wichtig, das Kooperationsverbot aufzuheben, damit der Bund Kitas, Schulen, Berufs- und Hochschulen in den Ländern direkt mit Finanzmitteln unterstützen kann. Bundesweit fehlen 300 000 Kitaplätze. Viele Schulgebäude sind Ruinen: Mittlerweile haben wir einen Sanierungsstau von über 30 Milliarden Euro an den Schulen, der mit Unterstützung des Bundes aufgelöst werden muss – denn jedes Kind braucht gute Lernbedingungen. **Bildung ist Zukunft.** Deswegen steht die Schaffung moderner Lernhäuser mit ausreichendem und gut ausgebildetem Lehrpersonal für DIE LINKE an erster Stelle, damit jedes Kind – unabhängig vom Geldbeutel der Eltern – die besten Bildungschancen hat.



Franziska Brychcy, Direktkandidatin in Steglitz-Zehlendorf, Platz 9 auf der Landesliste



Warum links wählen?

Eine andere Gesellschaft ist keine Utopie. Wir brauchen eine Umkehr, fordert Gregor Gysi

Liebe Wählerinnen und liebe Wähler,

unser Land braucht dringend einen Politikwechsel. Ein Politikwechsel ist mehr als ein bloßer Regierungswechsel, ist aber ohne diesen nicht zu haben. Er bestimmt sich jedoch inhaltlich. **Seit über zwei Jahrzehnten haben wir eine Politik der wachsenden sozialen Ungleichheit,** die Arme ärmer und Reiche reicher machte, eine ungerechte Steuerpolitik, die Reiche und große Unternehmen entlastete, mittlere und kleine Einkommen und Unternehmen belastete, eine Bildungspolitik, die sozial bedingte unterschiedliche Startbedingungen im Bildungserwerb nicht auszugleichen vermochte, schließlich eine staatliche Ausgabenpolitik, die auf Kosten der technischen und sozialen Infrastrukturen ging. Auch in der Europa- und

internationalen Politik geht es höchst krisenhaft zu. Der Nationalismus lebt wieder auf, und »Europa« wird von vielen, insbesondere im Süden Europas, als Projekt der Sozialstaatszerstörung erfahren. Auch der Frieden ist nicht sicherer geworden, im Gegenteil: Kriege und Bedrohung durch den internationalen Terrorismus haben zugenommen. Wir brauchen eine Umkehr. Unser Land braucht mehr soziale Gleichheit: Löhne und Gehälter müssen wenigstens mit dem Produktivitätswachstum und der Inflationsrate Schritt halten, und niemand soll zu Löhnen arbeiten müssen, die in die Altersarmut führen. In der Steuerpolitik muss wieder der Grundsatz gelten, dass Starke mehr tragen als Schwache. Und ein Bildungssystem, das Menschen aussortiert, kann sich eine Gesellschaft, die sich

gern auch »Wissensgesellschaft« nennt, einfach nicht leisten. Es muss am Ende egal sein, ob ein Kind aus einem Hartz-IV-Haushalt kommt oder einen »Migrationshintergrund« hat oder ob es aus einem gut situierten Elternhaus kommt: Jedes Kind soll gleiche Startchancen im Berufsleben haben. Das muss eine auf Gerechtigkeit orientierte Bildungspolitik anstreben. Schließlich dürfen Straßen, Schulen, Krankenhäuser und vieles andere nicht verfallen, nur damit irgendeine »schwarze Null« als zweifelhafter Erfolg gefeiert werden kann. Es sind massive Investitionen erforderlich, die – ganz nebenbei gesagt – auch Arbeitsplätze schaffen. Das ist alles keine Utopie. Es gibt dafür Konzepte, die auf ihre Umsetzung warten. Mit anderen Worten: Eine andere Politik ist nicht nur nötig, son-

dern auch möglich. Aber dafür braucht man auch Mehrheiten. **DIE LINKE steht konsequent für einen Politikwechsel und wird dafür auch bereitstehen.** Ihn einzuleiten wird umso leichter, je stärker DIE LINKE ist. Das kann der eher zögerlichen SPD und den in sich widersprüchlichen Grünen verdeutlichen, wo politisch die Reise hingehen muss, was politisch gefragt ist. Wo DIE LINKE (mit)regiert, gibt es sozialen Fortschritt. Das kann man in Thüringen, in Brandenburg und in Berlin überprüfen. Andererseits zeigen die Länder, wie gering die Handlungsspielräume bleiben, wenn sich auf der Bundesebene nicht grundsätzlich etwas ändert. DIE LINKE zu wählen ist deshalb vernünftig.

Gregor Gysi, Direktkandidat in Treptow-Köpenick

Vielfalt, Solidarität und Respekt

Julia Schramm und Hamze Bytyci über Minderheiten und Prüfsteine der Demokratie

Für uns ist die Lage der Roma, der Sinti und der anderen Minderheiten der Prüfstein der Demokratie in unserer Gesellschaft. Und diese Lage ist kein Grund zum Feiern: Neben vielen anderen Erhebungen zeigt zuletzt die Mitte-Studie von 2016, dass fast 58 Prozent der Bevölkerung ein Problem damit hätte, wenn Sinti oder Roma in ihrer Nähe wohnen würden. Die Bundesregierung schiebt Roma aus Deutschland in den Westbalkan ab und erkennt die lebensbedrohliche kumulative Diskriminierung dort nicht an!

Es klingt wie Hohn, dass diese Länder der Roma »sichere Herkunftsländer« sein sollen. **Auch in Deutschland werden Roma und Sinti weiterhin in der Schule, auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt benachteiligt.** Im Vergleich zu allen anderen Parteien spricht sich DIE LINKE konsequent gegen die Regelung der sicheren Herkunftsländer aus und kämpft damit gegen das Auseinanderreißen von Familien und die Abschiebung von Menschen, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind.

Deutschland sollte als eines der reichsten Länder der Erde und angesichts seiner Vergangenheit in der Lage sein, Menschen zu helfen, die vor Krieg und Elend flüchten. Genauso stark kämpft DIE LINKE aber auch gegen Waffenexporte als eine der globalen Fluchtursachen. Unsere Kandidatur für die Bundestagswahl 2017 steht für Ehrlichkeit, weil DIE LINKE die Vielfalt, die Solidarität und den Respekt anderen Mitmenschen gegenüber wirklich lebt. Gerade in Zeiten von Populismus, wachsendem Nationalismus und der sogenannten alternativen Fakten sagen wir: Schluss mit der Bittstellerrolle und Symbolpolitik, genug mit Marginalisierung von ethnischen, religiösen oder sexuellen Minderheiten. Wir bilden Mehrheiten der Gleichgesinnten.



Julia Schramm,
Platz 13 auf der Landesliste



Hamze Bytyci,
Platz 14 auf der Landesliste

Mehr zu den Kandidatinnen und Kandidaten unter
www.die-linke-berlin.de

DIE LINKE.
LANDESVERBAND BERLIN

Renten rauf: Mindestens 1.050 Euro

DIE LINKE will die gesetzliche Rente erhöhen und armutsfest machen



Martin Heinlein

Findet die Rentenpolitik der vergangenen 20 Jahre ungerecht: Verkäuferin Ramona Otto.

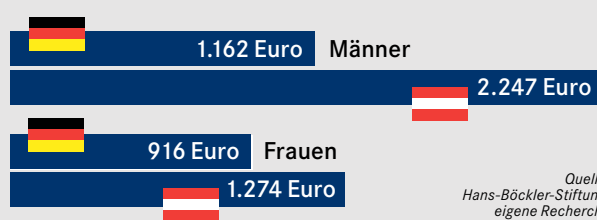
Ramona Otto wird es etwas mulmig, wenn sie an ihre Rente denkt. Die Verkäuferin arbeitet seit 1998 im Einzelhandel. Ihr Mann bekommt eine schmale Erwerbsminderungsrente. Beiden ist klar: Große Sprünge waren bislang nicht möglich, in Zukunft sind sie ausgeschlossen. Miete, Energiekosten, Einkäufe – die kleinen Renten werden schnell aufgefressen. **Statt nach Jahrzehnten harter Arbeit das Leben genießen zu können, müssen sich immer mehr Menschen Sorgen über ihre finanzielle Lage im Alter machen.** Derzeit leben 2,7 Millionen Menschen nach ihrem 65. Geburtstag in Armut oder sind davon bedroht.

Die gesetzliche Rente befindet sich im Sinkflug. Die Bundesregierung schaut zu, wie sich das Problem zuspitzt: ab 2030 droht jedem zweiten Normalverdiener eine Minirente. DIE LINKE will das stoppen. »Eine Rente, die für ein gutes Leben auch im Alter reicht, ist eine Frage des Respekts vor der Lebensleistung der Menschen. Es ist unwürdig, wenn Rentnerinnen und Rentner Pfandflaschen sammeln müssen«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. »Als einzige Partei wollen wir das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent erhöhen. Da wo es vor den Rentenkürzungen der letzten Jahre – zur Zeit Helmut Kohls – einmal war.« Den Menschen in

Ostdeutschland wird zu jeder Wahl die Rentenangleichung versprochen – und dieses Versprechen haben CDU und SPD nach jeder Wahl wieder gebrochen. DIE LINKE steht für die sofortige Angleichung an das Westniveau. Ohne die junge Generation, die künftigen Rentnerinnen und Rentner, zu benachteiligen. Das Konzept der LINKEN für eine Rente, die den Lebensstandard sichert, ist eine Erwerbstätigenversicherung. In die zahlen alle ein – nicht nur Arbeiter und Angestellte, sondern auch Beamte, Politikerinnen und Politiker. **DIE LINKE will, dass die Beiträge für die Rente wieder zur Hälfte von den Unternehmen gezahlt werden.** So sind gute Renten für alle finanzierbar – für den Durchschnittsrentner bringt das rund 120 Euro mehr im Monat. Den Riester-Schwindel, der nur die Konten der Versicherungskonzerne auffüllt, muss aufhören. Die Ansprüche müssen in die gesetzliche Rente überführt werden. Für Ramona Otto und andere Beschäftigte mit niedrigem

Einkommen würde das alleine noch nicht reichen. Deshalb will DIE LINKE kleine Einkommen in der Rentenversicherung aufwerten. »Für eine Verkäuferin wie Ramona Otto wären das 270 Euro mehr Rente im Monat«, erklärt Bernd Riexinger. »Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente wollen wir streichen.« Mit diesen Rentenreformen können Ramona Otto und ihr Mann entspannter in die Zukunft blicken. Vielen Frauen und allen, die auf lange Phasen mit niedrigen Löhnen, Krankheit oder Erwerbslosigkeit zurückblicken müssen, droht mit dem jetzigen System eine Rente unterhalb der Grundsicherung. Deswegen will DIE LINKE eine solidarische Mindestrente einführen – sie schützt alle Menschen, die sonst eine Rente von unter 1.050 Euro bekommen. Die Mindestrente soll als Zuschlag – oder im Einzelfall als Vollbetrag – von der Rentenversicherung gezahlt werden. Niemand soll im Alter von weniger als 1.050 Euro leben müssen. Das ist eine Frage der Achtung der Menschenwürde.

Was in Österreich geht, ist auch hierzulande möglich
Das bekamen Neurentnerinnen und Neurentner 2015 im Schnitt im Monat ausgezahlt (inklusive Witwenrente)



Quelle:
Hans-Böckler-Stiftung,
eigene Recherche

Von der Arbeit gut leben können

Sichere und gut bezahlte Jobs müssen in Deutschland wieder die Regel sein

Die Profite der Unternehmen sind explodiert. Aber 40 Prozent der Beschäftigten bekommen heute nicht mehr Lohn als vor 20 Jahren. **Viele Beschäftigte arbeiten bis zur Erschöpfung und kommen trotzdem kaum über die Runden.** DIE LINKE will das ändern. Von Arbeit muss man leben können. Der Lohn muss reichen, um eine

Rente anzusparen, die den Lebensstandard im Alter sichert. Unbefristete Arbeit, die sozial und mit Tarifvertrag abgesichert ist – das muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Selbst die Bundesregierung hat auf Anfrage der LINKEN ausrechnen müssen: Mit unter 12 Euro Stundenlohn droht selbst denen Altersarmut, die ohne Un-

terbrechung gearbeitet haben. Deshalb will DIE LINKE einen flächendeckenden Mindestlohn von 12 Euro ohne Ausnahmen durchsetzen. Die Löhne und Gehälter müssen insgesamt steigen. Die Agenda-2010-Gesetze haben unsichere Arbeitsverhältnisse wie Leiharbeit, Werkverträge, befristete und Minijobs erst möglich gemacht. DIE LINKE will als einzi-

gen können. **Frauen wie Männer müssen das Recht auf Arbeitszeiten haben, die mit dem Leben mit Familie und Kindern, Weiterbildung und Freizeit vereinbar sind.** Teilzeitarbeit muss zum Leben reichen, unfreiwillige Teilzeit muss abgeschafft werden. »In fast allen schlecht bezahlten Berufen arbeiten mehrheitlich Frauen. Das ist Diskriminierung in Reine-

form«, sagt Bernd Riexinger, Parteivorsitzender der LINKEN. Für gleichwertige Arbeit müssen Frauen wie Männer gleichen Lohn bekommen.

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss besser bezahlt werden.«
Bernd Riexinger,
Vorsitzender der LINKEN

»Die wertvolle Arbeit in sozialen Berufen muss endlich anerkannt und besser bezahlt werden«, sagt er. »Dafür wollen wir sorgen – mit Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und Pflege. Das ist gerecht und nützt am Ende allen.«



Christian Mang

LINKEN-Kampagne gegen befristete Arbeitsverhältnisse



Stress: Arbeit auf Abruf

In Deutschland arbeiten mindestens 1,5 Millionen Menschen auf Abruf. Betroffen sind vor allem Beschäftigte im Einzelhandel, in der Gastronomie, im Gesundheitswesen und in der Verkehrsbranche. Firmen geben ihnen Arbeitsverträge mit sehr wenigen Stunden und ohne feste Arbeitszeiten. Mal arbeiten die Beschäftigten 40 Stunden im Monat, mal 160. Wenn der Betrieb es wünscht – auch sehr kurzfristig – müssen sie erscheinen. Die Beschäftigten können weder Einkommen noch Arbeitszeit planen und keinen weiteren Job annehmen. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf eine Mindeststundenzahl von 22 Wochenstunden, die bezahlt werden.

Obergrenze für Managergehälter

In Portland (USA) wird für Unternehmen eine Strafsteuer erhoben, bei denen die Löhne der Beschäftigten und der Manager zu weit auseinanderklaffen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, die Einführung solcher Maßnahmen auch für deutsche Firmen zu prüfen. Im Programm zur Bundestagswahl fordert DIE LINKE eine Obergrenze für Managergehälter. Danach sollen die Einkünfte von Vorständen und anderen Führungskräften nicht mehr als das Zwanzigfache des niedrigsten Gehalts im Betrieb betragen. Jahresgehälter über einer halben Million Euro sollen nicht mehr steuerlich abzugsfähig sein. »Wir fordern verbindliche Regeln für alle öffentlichen Unternehmen«, heißt es im Programm. Obergrenzen für Gehälter in Unternehmen sollen dazu beitragen, die Einkommen in der Gesellschaft gerechter zu verteilen.

DIE LINKE will

- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anheben, ohne Ausnahme
- Leiharbeit, Werkverträge und Minijobs in sichere Arbeitsplätze überführen
- Recht auf mindestens 22 Wochenstunden und Rückkehrrecht in Vollzeit statt unfreiwilliger Teilzeit
- Tarifverträge ausweiten und Allgemeinverbindlichkeit erleichtern.



Gegen Rassismus und rechte Gewalt

Die Zahl extrem rechter Straftaten ist im Jahr 2016 erneut angestiegen. Im Schnitt wurden bundesweit mehr als 60 Taten pro Tag registriert, ein Anstieg um 14 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Dunkelziffer ist erheblich höher. Allein 3774 Fälle rassistisch motivierter Gewalt gegen Asylsuchende wurden dokumentiert. DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und rechte Gewalt und für eine offene Gesellschaft. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat jede Verschärfung des Asylrechts abgelehnt. Menschen, die in ihren Ländern staatlicher oder nichtstaatlicher Verfolgung ausgesetzt sind, müssen politisches Asyl erhalten. Die Große Koalition aus SPD und Union hat zum Ende der Legislaturperiode das Asylrecht nochmals drastisch verschärft.



Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow

Regenbogenfahne über Staatskanzlei

Zeichen der Solidarität an einem historischen Tag, an dem die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen erreicht wurde: Mit dem Hissen der Regenbogenfahne würdigte der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow (DIE LINKE) die Einführung der Ehe für alle durch den Bundestag. Mit der Gesetzesänderung kehre endlich »staatliche Normalität« in die Gesellschaft ein, betonte er. Der Regierungschef lobte den parteiübergreifenden Beschluss und hofft, dass solche Entscheidungen auch in anderen menschenrechtlichen Fragen möglich sind, so in Fragen des humanitären Bleiberechts für Flüchtlinge.

Keine Angst vorm Absturz

DIE LINKE plant ein festes Netz von sozialen Sicherheiten ein



Zu viele Eltern können sich nicht einmal den Sportverein für ihre Kinder leisten.

Armut ist nicht naturgegeben. »Meine Vision ist eine Welt ohne Armut«, sagt Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag. »Und ich glaube daran, dass diese Welt möglich ist. Bereits jetzt gibt es einen immensen Reichtum.« **Die 62 reichsten Menschen besitzen so viel wie die halbe Welt.** Auch in Deutschland gehört den oberen 10 Prozent über die Hälfte des Vermögens. Im Gegensatz dazu verfügt die Hälfte der Menschen in diesem Land nur über 2,5 Prozent des Besitzes. Man muss kein Genie in Mathe sein, um zu erkennen, dass dieser Zustand zutiefst ungerecht ist. Diese Ungerechtigkeiten sind das Ergebnis einer Politik, die die Profite der wenigen über das Leben der vielen stellt. Dass es nicht so weitergehen kann wie bisher, das zeigt die Bilanz der

Regierung Merkel. Seit 2005 führt Angela Merkel die Regierung. Seitdem ist Reichtum immer ungleicher verteilt, und auch die Armutszahlen sind kontinuierlich gestiegen. Die Zahl der Menschen, die dauerhaft in Armut leben, hat sich in den vergangenen 20 Jahren verdoppelt. Heute gilt hierzulande jedes fünfte Kind als arm. »Das bedeutet für viele: kein Urlaub, kein Sportverein, manchmal nicht mal genügend zu essen. Das alles in einem reichen Land wie Deutschland«, so Katja Kipping. Diese Entwicklungen sind auch eine Folge der Agenda 2010. Unter Rot-Grün beschlossen, hat sie Millionen Menschen in die

Abhängigkeit des Hartz-IV-Systems gedrängt. Katja Kipping: »Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt. Denn wer Angst hat, der oder die akzeptiert die nächste Lohnkürzung. Wer Angst hat, der oder die ist vielleicht weniger bereit zu teilen.« Katja Kipping weiß: Diese Entwicklung wirkt sich auf alle aus. Deswegen fällt der lange Schatten von Hartz IV auf die ganze Gesellschaft, sagt sie. **Unter der Regierung Merkel hat sich das Leben für viele verschlechtert.** Sie hat dieses Land zu einem Land der Milliardäre und der Millionen in Armut gemacht. »Aber wir, wir wollen das ändern. Und keine andere

»Wer meint, Hartz IV sei allein ein Problem der Abgehängten, der irrt.«
*Katja Kipping,
Vorsitzende der LINKEN*

Partei hat hier so konkrete und so seriös durchgerechnete Vorschläge wie wir«, erklärt Kipping. DIE LINKE fordert, dass garantiert niemand in Deutschland in Armut fallen darf. Keiner soll im Bedarfsfall weniger als 1.050 Euro haben. Dafür stehen die solidarische Mindestrente und die sanktionsfreie Mindestsicherung. **DIE LINKE will das Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen. Dann soll es in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführt werden.** Für DIE LINKE ist klar: wer Armut entgegenzutreten will, muss auch das Öffentliche stärken. So steht DIE LINKE für günstigere Fahrpreise, flächendeckend Sozialtickets für einkommensschwache Haushalte sowie kostenlose Schüler- und Azubitickets. DIE LINKE fordert gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule. Finanzieren lässt sich das, wenn die zur Kasse gebeten werden, die den Reichtum für sich allein beanspruchen, der im Grunde allen gehört. Katja Kipping: »So sieht Gerechtigkeit aus. DIE LINKE kämpft dafür, dass dieses Land gerechter wird. Helfen Sie – hilf du – dabei, dass sich das rumspricht. Denn: Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.«

DIE LINKE will

- eine Mindestsicherung ohne Sanktionen von 1.050 Euro statt Hartz IV
- Kindergeld sofort auf 328 Euro erhöhen und in eine Kindergrundsicherung von 573 Euro überführen
- kostenfreies Essen in Schule und Kita, freie Fahrt für Kinder in Bus und Bahn.

Eine sozial gerechte Energiewende

Klimaschutz ist eine Frage der Gerechtigkeit – weltweit

Die Klimakrise ist eine der zentralen Gerechtigkeitskrisen der heutigen Zeit. Es geht schon längst nicht mehr nur um Eisbären. Von den 17 Jahren dieses Jahrtausends zählen 16 zu den heißesten seit Beginn der Wetteraufzeichnung. Studien der UN belegen, dass bis zum Jahr 2050 geschätzte 200 Millionen Menschen auf der Welt vor den Folgen von Stürmen, Dürren oder Überschwemmungen flüchten werden. Daher ist der Ausstieg des US-Präsidenten Donald Trump aus dem Klimaschutz nicht nur eine Kriegserklärung an die Erde, sondern in der Konsequenz auch an die Lebensweise besonders der armen Menschen auf unserer Welt. Deutschland ist kein Klimaschutzweltmeister, sondern Weltmeister in Klimaheuchelei. Bundeskanzlerin Angela Merkel verfehlt die eigenen Klimaschutzziele deutlich. Sie torpediert alle Versuche, die deutsche Autoindustrie in der EU für ihre betrügerischen Abgasmanipulationen zu sanktionieren. Sie gibt

den Braunkohleleimern eine jahrzehntelange Verschmutzungsgarantie. Dabei sind es fossile Brennstoffe wie die Braunkohle, die den Klimawandel massiv vorantreiben. DIE LINKE will eine soziale Energiewende: **Statt großer Energiekonzerne wollen wir bürgernahe Energie in der öffentlichen Hand.** Wir werden die Strompreise stärker kontrollieren und für alle bezahlbar machen: mit Sozialtarifen für den Sockelverbrauch und höheren Preisen für Vielverbraucher. »Deswegen fragen wir von der LINKEN: Warum gibt es hierzulande noch kein ökologisch nachhaltiges Kohleausstiegsgesetz inklusive eines Strukturwandel-fonds zur sozialen Absicherung der im Braunkohletagebau Beschäftigten?«, so Katja Kipping, Vorsitzende der LINKEN. Neben Krieg und Verfolgung ist der Klimawandel eine der stärksten Fluchtursachen, vor allem in Teilen des afrikanischen Kontinents. Auch dieses Jahr wird die Anzahl ertrunkener Bootsflücht-

linge auf dem Mittelmeer dramatisch steigen. »Es gibt keinen wirksamen Klimaschutz ohne ein Mindestmaß an globaler Gerechtigkeit«, sagt Katja Kipping. »Nicht nur die Kriege in der Welt müssen enden. Wir brauchen faire globale Handelsbeziehungen.« Der Klimawandel macht an

keiner Grenze halt. Deswegen kann er auch nicht Land für Land eingedämmt werden. **Es gibt keinen Plan B für den Klimaschutz, weil es keinen Planeten B gibt.** Klimaschutz braucht ein wirkliches Umsteuern. Die Große Koalition ist dazu weder willens noch in der Lage.



Dürren und andere Naturkatastrophen sind häufige Fluchtursachen.


Politik darf nicht käuflich sein

DIE LINKE fordert ein Verbot von Unternehmensspenden an Parteien

Eine halbe Million Euro überwies der Internetmilliardär Ralph Dommermuth vor wenigen Wochen der CDU als Wahlkampfunterstützung. Auch als Dank dafür, dass Angela Merkel Dommermuth kürzlich in eines ihrer Beratertreffen berufen hat? Das Signal jedenfalls ist klar: Politik kann man kaufen. Wer Geld hat, erhält Zugang zu denen, die entscheiden. Was ist schon eine Wählerstimme am 24. September gegen eine Lobbyistenspende von einer halben Million Euro?

DIE LINKE ist die einzige Partei, die aus Prinzip keine Spenden von Konzernen und Lobbyisten annimmt. Im Jahr 2015 haben CDU, CSU, SPD und Grüne fast 11 Millionen Euro von Unternehmen und Verbänden erhalten, davon allein die beiden Unionsparteien 8,6 Millionen Euro. Im Bundestagswahljahr 2013 gab es sogar 20 Millionen Euro aus den Zentralen der Konzerne. Diese Gelder schließen einen fairen Wahlkampf faktisch aus. Nicht nur die Verbreitung von falschen Nachrichten (Fake News) und ähnliche Dinge sind ein Problem für Fairness im Wahlkampf, sondern auch die Finanzierung über Unternehmensspenden ist höchst kritisch zu sehen. Für

Top Ten der Spender aus der Wirtschaft Zahlungen 2011 bis 2015*



| | DIE LINKE | Grüne | FDP | SPD | CSU | CDU |
|--|-----------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| vbm Bayerische Metall- und Elektro-Industrie | 0 | 165.000 | 360.000 | 220.000 | 2.066.642 | 0 |
| BMW | 0 | 113.818 | 418.186 | 324.225 | 437.594 | 797.989 |
| DVAG (Finanzbranche) | 0 | 60.000 | 343.000 | 125.000 | 0 | 1.563.000 |
| Daimler | 0 | 210.000 | 170.000 | 600.000 | 210.000 | 600.000 |
| Südwestmetall (u. a. Rüstungsindustrie) | 0 | 390.000 | 330.000 | 280.000 | 0 | 651.000 |
| VCI Verband der Chemischen Industrie | 0 | 63.500 | 208.000 | 269.000 | 0 | 459.000 |
| Evonik (Chemieindustrie) | 0 | 0 | 160.000 | 360.000 | 75.000 | 310.000 |
| Allianz | 0 | 170.001 | 130.001 | 170.001 | 140.001 | 170.001 |
| Dr. August Oetker KG | 0 | 22.000 | 55.000 | 22.000 | 64.000 | 606.000 |
| Metall NRW (Metallarbeitsgeberverband) | 0 | 45.000 | 170.000 | 120.000 | 0 | 395.000 |
| Gesamt | 0 | 1.239.319 | 2.344.187 | 2.490.226 | 2.993.237 | 5.551.990 |

* ohne Spenden der FDP aus dem Jahr 2015

Quelle: LobbyControl

Matthias Höhn, Bundeswahlkampfleiter der LINKEN, ist das eine grundsätzliche Frage: »Konzernspenden schaden der Demokratie insgesamt. Wer die Käuflichkeit der Politik nicht beenden will, braucht sich über den Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie nicht wundern.« Auch die Grünen nehmen Spenden von Auto- und Versi-

cherungskonzernen an. Selbst bei der Rüstungsindustrie haben sie offensichtlich keine Berührungängste: Von 2011 bis 2015 erhielten sie 390.000 Euro von Südwestmetall. Das ist ein Arbeitgeberverband, in dem etliche Rüstungsfirmen, zum Beispiel auch Heckler & Koch, vertreten sind, die ihre Waffen weltweit in Krisen- und Kriegsgebiete exportieren.

Konzernspenden verzerren den politischen Wettbewerb und machen Politik käuflich. DIE LINKE will dieser Praxis einen Riegel vorschieben. **Spenden von Unternehmen und Lobbyverbänden an Parteien gehören verboten.** Spenden von Privatpersonen wollen wir auf 25.000 Euro im Jahr begrenzen. Statt sich von Lobbyisten abhängig zu machen, setzt DIE LINKE auch

im Wahlkampf auf das Engagement ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer von »Linksaktiv 2017« und auf viele kleine Spenden von Bürgerinnen und Bürgern, die die Partei unterstützen. Ziel der Spendenkampagne der LINKEN im Wahljahr sind ebenfalls 500.000 Euro: aber nicht von Herrn Dommermuth, sondern von allen, die sich eine starke LINKE wünschen.

Gute Gewinne sind möglich

DIE LINKE will Gewinne höher besteuern – denn warum sollen Kapitaleinkünfte niedriger besteuert werden als Löhne? Die Gewinne unseres Preisausschreibens allerdings sind steuerfrei – völlig zu Recht, denn sie sind fair gehandelt, ökologisch, einfach schön oder machen klüger.

- 1. Preis:** Fairphone 2: zeichnet sich durch faire Preise aus – für die Produzierenden.
- 2. Preis:** Diamant Fahrrad Topas Villiger: überzeugt mit hochwertigen Details wie der Nexus 8-Gang-Nabenschaltung.
- 3. Preis:** Marx-Figur: Ottmar Hörls Skulptur würdigt den großen Denker.
- 4.-10. Preis:** Linkes Buchpaket



Lösung des Kreuzworträtsels bis zum 1. Oktober an: DIE LINKE, Wahlquartier Kleine Alexanderstraße 28 10178 Berlin oder per E-Mail an: wahlquartier@die-linke.de

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstellen der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt.

| Stecken | LINKE-Politikerin (Vorname) | LINKE-Politiker | Beinkleid | Laubbaum | Laut | Fläche | Behauptung |
|------------------------|-----------------------------|-----------------|---------------------|----------------------------|------------------------|-------------|----------------------|
| Früchte | 7 | | | | | Waldtier | 6 |
| Anrede | Gebäude | | | Mittel-europäer | | 13 | Abbau von Waffen |
| | Imperium (engl.) | | bibl. Garten | | | Tierkadaver | |
| laot. Fluss | | | | 1 | 8 | | |
| Scheibe (engl.) | Internat am Bodensee | | | 4 | 2 | 1 | 9 |
| | | | | 2 | 7 | 1 | 3 |
| | | | | 9 | | | 8 |
| | | | | 6 | 7 | 9 | 8 |
| | | | | 4 | 7 | 3 | 6 |
| Segelstange | | | | 5 | 1 | 3 | 6 |
| | | | | 4 | | 2 | |
| | kleiner Betrug | | | 1 | 2 | 8 | 4 |
| Gallertmasse | nieder-sächs. Fluss | | jamaik. Musikstil | Hautfalte | Hirtengott span. Strom | Zorn (lat.) | Schwimmvogel |
| | | | | | | | Habe |
| | | | | | | | Teil des Mittelmeers |
| Volks-herrschaft | Lichtbild | Ganove | | | | | Nachrichtensatellit |
| | | | | | | | trop. Kröte |
| | | | | | | | Näh-zubehör |
| | | | Programmier-sprache | Weidwerk Nordwest-europäer | | | jap. Buddhis-mus |
| Säugetier | röm. Fußball-club | | | | | | Medizi-ner |
| LINKEN Kern-kompe-tenz | Pumuckls Meister | | | | | | Geburts-ort von Marx |
| | | | | | | | 10 |
| | | | | | | | Roman von Zola |
| | | | | | | | 4 |
| | | | | | | | 11 |

Gib's uns!

Unterstützen Sie uns mit einer Spende an DIE LINKE Berliner Volksbank eG IBAN: DE38 1009 0000 5000 6000 00 BIC: BEVODEBB Kennwort: Spende oder: www.die-linke-spende.de

Die Hürde!

Ob Gipfel, Bundestagswahl oder die alltäglichen Zumutungen des Alltags im Kapitalismus: Wir sind nah dran! Und mit dem Kombi-Miniabo jetzt besonders erschwinglich für Ihre „Erstentscheidung“!

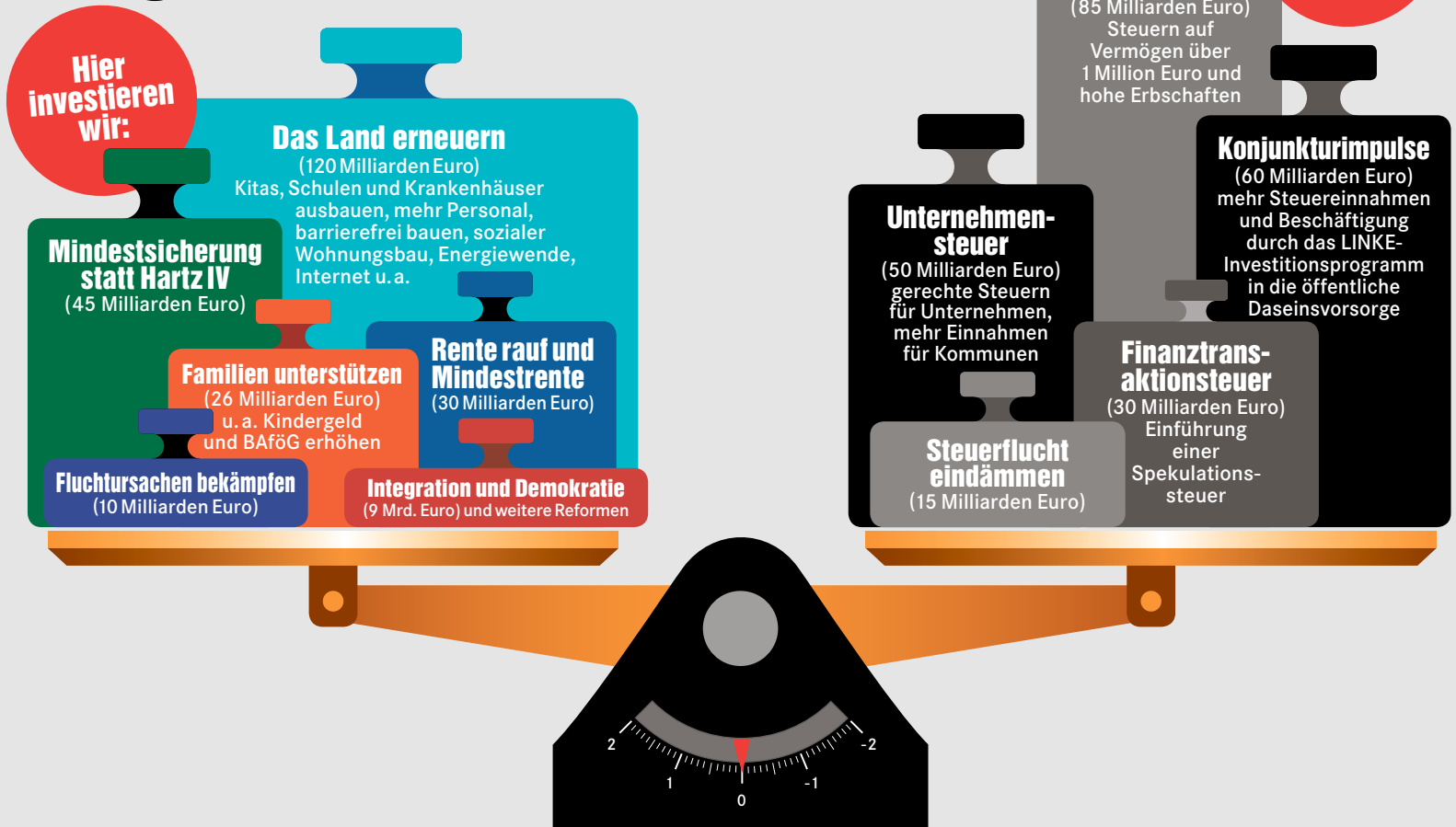
Kombi-Miniabo: 4 Wochen digital + Wochenendausgabe in die Hand für 9,90€

Tel. (030) 29 78 18 00 neues-deutschland.de/abo



Impressum: Zeitung zur Bundestagswahl 2017, Auflage Berlin: 1 651 700, Redaktionsschluss: 7. Juli 2017, Herausgeberin: DIE LINKE, 030 / 24 00 99 99, www.die-linke.de V.i.S.d.P. Matthias Höhn, Layout und Satz: DiG/TRIALON, Druck: Eversfrank Berlin

So finanzieren wir die gerechte Gesellschaft



Gerecht und gut für den Geldbeutel

Weniger Steuern auf kleine und mittlere Einkommen – mehr Steuern für die großen Fische

Die junge Ingenieurin, der selbstständige Web-Entwickler, die angestellte Lehrerin, der erfahrene Facharbeiter – sie alle verbindet, dass am Ende des Monats zu wenig Geld vom Einkommen übrig bleibt. Ein Grund: Sie werden durch die Einkommensteuer zu stark belastet. Die Mehrheit der Beschäftigten trägt den Großteil der Steuerlast. Gleichzeitig rechnen sich Superreiche und Konzerne bei den Steuern arm und nutzen jedes Schlupfloch mithilfe versierter Berater aus. Ihre Ein-

nahmen aus Kapitalanlagen werden zu einem niedrigen Satz von 25 Prozent versteuert (Abgeltungssteuer) und unterliegen nicht den ansteigenden Sätzen aus der Einkommensteuer.

DIE LINKE hat ein Steuerkonzept entwickelt, von dem die übergroße Mehrheit der Beschäftigten profitiert. Die Faustformel: **Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat verdient, wird entlastet.** Das gilt für Alleinstehende. Mit Kindern oder Unterhaltspflichten für andere ist die Entlastung höher. Für einen Angestellten mit einem monatlichen Bruttolohn von 1.700 Euro bedeutet das eine monatliche Entlastung von 127 Euro – auf das Jahr gerechnet entspricht das fast einem Monatslohn. Auch wer als Facharbeiterin ein gutes Einkommen bezieht, aber durch Kosten fürs Wohnen oder die Beiträge für den Kindergarten stark belastet ist, dem hilft unser Steuerkonzept. Bei 4.500 Euro Monateinkommen bleiben rund 210 Euro mehr im eigenen Portemonnaie. Jeden Monat. Bei Beschäftigten im Niedriglohnsektor reicht der Lohn kaum zum Leben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, nicht noch das geringe Einkommen wegzubesteuern. Deshalb setzen wir den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro im Jahr hoch.

Die großen Entlastungen für die Menschen, die jeden Tag arbeiten gehen, sind möglich, weil DIE LINKE diejenigen stärker belastet, die reich und superreich sind und bislang vom Finanzamt bevorteilt wurden. Der

Spitzensteuersatz ist nach 1999 gesenkt worden – von damals 53 auf heute 42 Prozent.

DIE LINKE will das rückgängig machen. Und Einkünfte aus Aktienbesitz genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Eigentum verpflichtet. Das Grund-

gesetz sieht eine Vermögenssteuer vor. 1995 hat das Bundesverfassungsgericht die damalige Form der Vermögenssteuer ausgesetzt. Der Grund war, dass Immobilienvermögen zu niedrig bewertet wurde. Der Auftrag lautete, diesen Fehler zu korrigieren. Das hat bislang jede Bundesregierung versäumt. Ohne Vermögenssteuer fehlen den Ländern die Mittel

für die notwendigen Investitionen in Schulen, für Kitausbau, Krankenhäuser und bezahlbare Wohnungen. Der Druck zu mehr Privatisierungen steigt. Das macht sich im Alltag von vielen Menschen bemerkbar, alles

wird teuer und funktioniert schlechter. DIE LINKE führt die Vermögenssteuer wieder ein: auf Vermögen oberhalb von 1 Million. Auch hohe Erbschaften sollen gerecht besteuert werden – ohne dass normales, selbstgenutztes Wohneigentum betroffen ist.

Gerechtigkeit ist auch eine Frage von Zahlen und von Steuern. **DIE LINKE schafft ein Steuersystem, das gerecht für alle ist:** das Entlastungen schafft für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, aber Reiche und Vermögende, Unternehmen und Konzerne wieder angemessen zur Kasse bittet. Ein Steuersystem der sozialen Gerechtigkeit!



Was bedeuten die Tarife der LINKEN für Ihre Einkommensteuer und die Sozialabgaben?

- Bis 1.400 Euro im Monat brutto (Single): **keine Steuer**
- 2.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.733 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 4.000 Euro im Monat brutto (Single): **2.265 Euro weniger Steuern im Jahr**
- 6.000 Euro im Monat brutto (Single): **1.567 Euro weniger Steuern im Jahr**
- Familie, zwei Kinder, 42.000 Euro brutto im Jahr: **5.039 Euro weniger Steuern und Sozialabgaben im Jahr, mit Kindergeld**



Egreif Partei für eine bessere Zukunft!
Ja, ich möchte aktiv werden.

Vorname

Name

E-Mail

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Telefon

Ich bin bereits Mitglied der Partei DIE LINKE.

Ich möchte Mitglied der Partei DIE LINKE werden.

Datum

Unterschrift

Die Angaben werden von der Partei DIE LINKE in ihrer Bundesgeschäftsstelle und ihren Gliederungen entsprechend den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) gespeichert, verarbeitet, übermittelt, aufbewahrt und nur zum Zweck der Wahlwerbung für diese und weitere Wahlen bis zum Widerruf dieser Einwilligung verwendet.

Einsenden/Kontakt:
DIE LINKE »Linksaktiv-Team«
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin
linksaktiv@die-linke.de
Telefon: 030/24009-111
www.linksaktiv.de